

Ex-Bürgermeister soll für weniger Verwaltung sorgen

Claus Spandau ist als Werber für interkommunale Zusammenarbeit unterwegs

KREIS GIESSEN (Äat). Interkommunale Zusammenarbeit ist angesichts leerer öffentlicher Kassen das Gebot der Stunde. Und es sieht so aus, als könnte Mittelhessen im Lande dabei eine Vorreiterrolle spielen. Der neue Leiter des Kompetenzzentrums für Interkommunale Zusammenarbeit, der ehemalige Laubacher Bürgermeister Claus Spandau, hatte beim Gießener Regierungspräsidenten ein Treffen von Landräten und Rathauschefs aus der Region initiiert, um hier auszuloten, was in dieser Hinsicht rasch und erfolgreich getan werden kann.

Spandau sitzt jetzt auf der Schnittstelle zwischen Landesregierung und den Kommunen samt deren Spitzenverbänden. Vordergründig geht es um die Umsetzung einer Landesförderung, die gewährt wird, wenn es Gemeinden durch Zusammenarbeit schaffen, Geld zu sparen. Das Land zahlt nämlich an jede der beteiligten Kommunen 25 000 Euro, wenn etwa durch Zentralisierung des Ordnungswesens mehr als 15 Prozent der bisherigen Kosten vermieden werden. Doch Spandaus Auftrag reicht weiter. Er soll nämlich vor Ort ein anderes Bewusstsein

schaffen und dafür werben, dass die Aufgabe bestimmter Kompetenzen, die bisher jede einzelne Kommune für sich wahrnimmt, kein Teufelswerk ist. Deshalb hat er sich der Unterstützung des Medienexperten Prof. Siegfried Quandt versichert, dessen Ziel es ist, der Kommunalpolitik die positiven Seiten der Kooperation bewusst zu machen, wie er sich ausdrückte.

Gelingen soll das über verschiedene Treffen in der Region. Da legte Regierungspräsident Dr. Lars Witteck großen Wert auf die Feststellung, dass damit in Mittelhessen begonnen werden soll. Ebenso wichtig war ihm zu betonen, dass es nicht einfach darum gehe, Personal einzusparen. Vielmehr sehe er enorme Möglichkeiten, Sachkosten zu vermeiden. Witteck nannte da ein Beispiel, das ihn selbst offensichtlich verblüfft hat, denn in Hohenahr und Bischoffen sei es gelungen, zwei Dorffirewehren zusammenzulegen, was eine Einsparung von 400 000 Euro im Jahr bedeute.

„Von unten“

Landrätin Anita Schneider und Gießens Bürgermeisterin Gerda Weigel-Greilich betonten, dass Zusammenarbeit schon auf vielen Feldern wie etwa in der Jugendhilfe hervorragend funktioniert. Darüber werde nur viel zu wenig gesprochen.

Spandau sieht zwar, dass es sich im Grunde um offene Türen handele, die hier durchschritten werden müssten, doch bei der ganz konkreten Umsetzung gebe es immer noch erhebliche Vorbehalte. Die Diskussion mit Landräten und Bürgermeistern habe aber ergeben, dass dort sehr wohl die Bereitschaft zum Handeln bestehe. Einig war er sich mit Witteck, dass die Initialzündung für solche Vorhaben „von unten“, also aus den Kommunen selbst kommen müsse. Deshalb sollen bei Informationsveranstaltungen auch die ehrenamtlichen Kommunalpolitiker bis hinein in die Ortsbeiräte eingebunden werden.

Ganz konkret sind die verschiedensten Vorhaben denkbar, die teilweise in einigen Gemeinden Hessens schon verwirklicht sind. Die Zusammenlegung von Ortsfeuerwehren ist wegen der Gemütslage vor Ort ein höchst schwierige Unterfangen, wird aber immer häufiger in Angriff genommen. Die Verwaltung des Personalswesens könnte von einer Gemeinde für mehrere erledigt werden. Abgegeben werden könnten im Gegenzug die Kompetenzen im Ordnungswesen oder bei den Standesämtern. Bauhöfe ließen sich zusammenlegen, auch das Kassenwesen. Das Mahnwesen gehört auch dazu.

Die Aufgabe von Spandau ist es nun, landauf, landab dafür zu werben – mit dem Köder der finanziellen Unterstützung durch das Land.